



REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESMINISTERIUM FÜR INNERES
1014 Wien, Postfach 100

Zahl: 112 738/2-I/7/87

Wien, am 24. April 1987

Bei Beantwortung bitte angeben

Betr.: Novellierung des Bundes-Personal-
vertretungsgesetzes;
Begutachtung

An das

Präsidium des Nationalrates

Ortzwanger

BUNDESGESETZENTWURF
Zl. <i>20</i> - GE 9 87
Datum: 24. APR. 1987
30. APR. 1987 <i>Kreuz</i>
Verteilt

1010 W i e n
=====

Das Bundesministerium für Inneres beehrt sich anbei 25 Abzüge seiner Stellungnahme zu dem vom Bundeskanzleramt mit Rundschreiben vom 9.4.1987, GZ 921.092/1-II/A/87, versendeten Entwurf, mit dem das Bundes-Personalvertretungsgesetz geändert wird, mit der Bitte um Kenntnissnahme zu übermitteln.

25 Beilagen

Für den Bundesminister
Dr. HAMPEL

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

Hämmerle



REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESMINISTERIUM FÜR INNERES
1014 Wien, Postfach 100

Zahl: 112 738/2-I/7/87

Wien, am 24. April 1987

Bei Beantwortung bitte angeben

Betr.: Novellierung des Bundes-Personal-
vertretungsgesetzes;
Begutachtung

An das

Bundeskanzleramt - Sektion II

1014 W i e n
=====

zu GZ 921.092/1-II/A/6/87 vom 9.4.1987

Das Bundesministerium für Inneres beehrt sich mitzuteilen, daß gegen den im Betreff genannten Gesetzentwurf keine grundsätzlichen Einwände bestehen.

Überlegenswert wäre jedoch:

Zu Art. 1 Z. 6 (§ 9 Abs. 1 lit. f)

Da die Vorschüsse in der Regel (d.H. zu 99 %) nach den allgemeinen Richtlinien gewährt werden, sollte hier die unmittelbare Mitwirkung der Personalvertretung nur für jene Fälle erforderlich sein, die von den allgemeinen Richtlinien abweichen. Dadurch würde auch ein unnötiger Verwaltungsaufwand vermieden. Ein Wirksamwerden der vorstehenden Anregung wäre bei Art. 1 Z. 9 (§ 9 Abs. 3 lit. f) zu berücksichtigen, der dann lauten sollte: "f) die gewährten Be-
lohnungen und Vorschüsse."

Zu Art. 1 Z. 23 (§ 20 Abs. 15)

Um jeden Zweifel auszuschließen sollte eindeutiger festgelegt werden, wer die Abschriften der Verständigung an die

Gewerkschaft öffentlicher Dienst zu übersenden hat. Nach dem Gesetzestext dürften die Dienststellenleiter, im Sinne der Erläuterungen aber die Dienststellenwahlausschüsse gemeint sein.

Zu Art. I Z. 26 (§ 22 Abs. 2)

Statt "Vorsitzender" sollte es richtig "Vorsitzenden" lauten.

Ergänzend wird darauf hingewiesen, daß es sich bei Art. 1 Z. 33 des Entwurfes offensichtlich um einen Redaktionsfehler handelt und der Text richtigerweise lauten sollte:
"Die Überschrift vor § 33 und § 34 entfällt."

25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme werden u.e. dem Präsidium des Nationalrates übermittelt.

Für den Bundesminister

Dr. HAMPEL

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

Schmücker